



Amtsgericht Velbert

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Dienstag, 02.12.2025, 09:30 Uhr,
Erdgeschoss, Sitzungssaal 3 (Erdgeschoss), Nedderstraße 40, 42549 Velbert**

folgender Grundbesitz:

**Wohnungsgrundbuch von Heiligenhaus, Blatt 1303,
BV lfd. Nr. 1**

10/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Heiligenhaus, Flur 10, Flurstück 889, Gebäude- und Freifläche, Harzstraße 1, Höselers Straße, Rhönstraße, Größe: 2.349 m²

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Erdgeschoß gelegenen Wohnung sowie einem Abstellraum, im Aufteilungsplan mit Nr. 3 bezeichnet. Das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen in den Grundbüchern von Heiligenhaus Blätter 1301 bis mit 1364 eingetragenen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt.

versteigert werden.

Es handelt sich um eine Ein-Zimmer Wohnung mit Balkon im Erdgeschoss. Wohnfläche ca. 31,25 qm. Baujahr 1969.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 11.07.2024 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

33.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.